

## **Antrag**

der Fraktion Die Linke

### **Pakt mit den sozialen Trägern und den Verbänden der Wohlfahrtspflege schließen – Die soziale Infrastruktur der Stadt auch in Krisenzeiten sichern!**

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, mit den sozialen Trägern und den Verbänden der Wohlfahrtspflege in Berlin einen Pakt zur Sicherung der sozialen Infrastruktur in den Jahren 2024 und 2025 sowie darüber hinaus zu schließen. Ziel ist es, in der angespannten Haushaltssituation, Sicherheit für die soziale Infrastruktur der Stadt zu vereinbaren.

Zentrale Punkte einer solchen Vereinbarung können sein:

- Entwicklung einer langfristigen politischen Perspektive für die soziale und demokratische Infrastruktur Berlins bis 2035
- Die Zusicherung einer dynamischen Mindestfinanzierung in der Zuwendungsfinanzierung, die auch in den Folgejahren eine Planbarkeit für die Träger garantiert
- Entbürokratisierung der Antragsstellung und der Bewilligungsverfahren für Zuwendungsempfänger wie z.B. durch Anerkennung einer Gemeinkostenpauschale oder mehrjährige Verträge
- Vergabe von landeseigenen Immobilien im Erbbaurecht an soziale Träger
- Ermöglichung der effizienteren Nutzung vorhandener öffentlicher Räume und Unterstützung bei der Raumsuche
- Fortführung der Tarifangleichung bei freien Trägern auf das Niveau der Landesbeschäftigten und Unterstützung zur Tarifbindung für die Beschäftigten im Zuwendungsbereich und auch in der Entgeltfinanzierung.

Dem Abgeordnetenhaus ist bis zum 30. April 2024 zu berichten.

### ***Begründung***

Soziale Träger und die Verbände der Wohlfahrtspflege bilden das Rückgrat der sozialen Infrastruktur dieser Stadt. Bei der Bewältigung der aktuellen gesellschaftlichen Herausforderungen leisten sie einen erheblichen Beitrag. Doch die anhaltend hohe Belastung durch multiple Krisen bringt ihre personellen, finanziellen und räumlichen Ressourcen an die Grenzen der Belastbarkeit. Steigende Kosten für Miete, Energie und Sachmittel sowie dringend benötigte verbesserte Tarifbedingungen für ihre Beschäftigten kosten viel Geld. Es fällt ihnen zusehends schwer, Personal und Räumlichkeiten zu finden, während der Bedarf nach sozialen Dienstleistungen gleichzeitig stark zunimmt.

Vor diesem Hintergrund hat die CDU und SPD geführte Landesregierung einen Doppelhaushalt 2024/25 beschlossen, der mit so viel Unsicherheiten behaftet ist, wie noch nie. Die Höhe der pauschalen Minderausgaben (allein 1,75 Mrd. € zentral veranschlagte pauschale Minderausgaben (PMA) in 2024) ist exorbitant. Die Gefahr ist groß, dass diese vor allem zu Lasten der zuwendungsfinanzierten sozialen Träger und der Wohlfahrtspflege aufgelöst werden – einzelne Bezirke haben dies bereits angekündigt –, und die soziale Infrastruktur als erstes unter die Räder gerät. Viele Einrichtungen und Träger sind an der Grenze des Leistbaren. Eine Kürzung ihrer Budgets hätte häufig die Schließung und damit den Verlust der kompletten angebotenen sozialen Dienstleistung zur Folge. Ein Jugendclub, ein Stadtteilzentrum oder eine Seniorenfreizeitanstalt, welche einmal geschlossen ist und seine Mitarbeiter\*innen entlassen hat, wird so schnell nicht wiederkommen.

Zudem wurden im großen Stil die Rücklagen der Vorgängerregierungen aufgelöst, um die Finanzierungslücke in den Jahren 2024/25 zu schließen. Sofern sich die wirtschaftliche Lage bis 2026 nicht erheblich verbessert und mit erheblich höheren Steuereinnahmen gerechnet werden kann, muss befürchtet werden, dass mit dem im Doppelhaushalt 2026/27 eine Abbruchkante für die soziale Infrastruktur droht. Deshalb brauchen wir einen politischen Prozess, der gemeinsam mit den Sozialen Trägern und Verbänden der Wohlfahrtspflege eine Verabredung erarbeitet, die der Haushaltslage gerecht wird und gleichzeitig für Berechenbarkeit und Planbarkeit über den Doppelhaushalt hinaus sorgt, indem der Senat mit den Trägern einen Pakt schließt, der den Zuwendungsempfängern in der Stadt langfristige Perspektiven eröffnet und die dringend benötigte demokratische Zivilgesellschaft schützt. Dabei kann auf die Erfahrungen mit den Rahmenverträgen ISP und IGP zurückgegriffen werden.

Die aktuelle politische Lage macht deutlich, dass ein weiteres Zurückfahren von sozialer Infrastruktur zu einem Erstarken von undemokratischen Kräften führt. Es handelt sich nicht um einen Bereich in dem man leichtfertig Sparmaßnahmen ansetzen kann, sondern in den kommenden Jahren eher die Finanzierung noch ausbauen muss. Dafür soll ein Plan bis 2035 erstellt werden, in dem der Senat festschreibt, wie er die soziale und demokratische Infrastruktur in Berlin ausbauen möchte. Soziale Träger sind kein „nice-to-have“, wenn die Kassenlage stimmt, sondern das Rückgrat einer gesunden und demokratischen Stadtgesellschaft.

Berlin, den 23.01.2024

Helm      Schatz      Zillich      Schubert  
und die übrigen Mitglieder der Fraktion  
Die Linke